

Ende der Guerillakommunikation?

Von der Diskursintervention zu den kontroversen Dingen

Thesenpapier zum Workshop „Diskursintervention“, Universität Siegen, 31.01.-01.02.2019

Hagen Schölzel

In meinem Buch *Guerillakommunikation. Genealogie einer politischen Konfliktform* unternehme ich den Versuch, genealogisch einige Formen und Herkünfte sog. diskursiver oder kommunikativer Guerillapraktiken als spezifische Formen der politischen Diskursintervention zu untersuchen (Schölzel 2013). In den 2000er Jahren war häufig die Rede von Formen des Guerillamarketings, der Kommunikationsguerilla etc. als überraschenden, kreativen, innovativen, disruptiven Diskurspraktiken, die angesichts (scheinbar) betonierter gesellschaftlicher Verhältnisse, z.B. der meinungsbildenden Macht weniger Massenmedien oder den übermächtigen Werbekampagnen global agierender Konzerne, einen emanzipatorischen Anspruch formulierten. Der damalige (kleine) Hype scheint inzwischen vorbei bzw. muss angesichts neu-rechter, nicht emanzipatorischer Formen der regelbrechenden politischen Kommunikation (z.B. den Provokationen Trumps oder der AFD) neu eingeordnet werden.

These 1: Regelbrechende Diskursinterventionen (oder: Formen der Guerillakommunikation) müssen historisiert bzw. kontextualisiert werden, um ihre Ansatzpunkte, ihre mögliche Tragweite und ihre Grenzen zu verstehen. Die Entwendung ehemals emanzipatorischer regelbrechender Diskursinterventionen durch einen neuen rechten Populismus erfordert die Suche nach anderen (Diskurs-)Formen für die politische Auseinandersetzung.

Zeitgenössische Guerillakommunikation rekurriert auf einige historische Vorformen der öffentlichen, diskursiven Intervention durch künstlerische Avantgardebewegungen. Anhand dieser Beispiele lässt sich zeigen, dass jede der klassischen Avantgarden bestimmte diskursive Ordnungen (oder: „kulturelle Grammatiken“) adressierte, sich von diesen absetzte bzw. sich komplementär dazu herausbildete. Bspw. die in kulturell-politischer Hinsicht besonders wirksamen dadaistischen Diskursformen des Dagegen-Seins in den 1910er-Jahren in Europa und speziell in Deutschland intervenierten in die damals herrschende Diskursordnung der staatlich-militärisch-patriarchalen Autorität (perfekt vorgeführt bspw. in Heinrich Manns „Der Untertan“), zu der Dada als Erfindung eines „leeren Signifikanten“ (Laclau 2002) ein intervenierendes diskursives Gegenstück bildete. Die kommunikativen Guerillaformen der 1980er bis 2010er Jahre existieren in mindestens zwei

Formen: Guerilla-Marketing wurde als Form der Unternehmenspolitik und der Werbung entwickelt, mit der kleinere Unternehmen die Markt- und Werbemacht immer größer werdender und zunehmend global agierender Konzerne anzugreifen versuchten. Und Kommunikationsguerilla wurde als eine politische Form der situativen, lokalen, kleinteiligen oder allgemeiner: taktischen Intervention in öffentliche Diskurse konzipiert, die gegen die meinungsbildende Macht der professionalisierten strategischen Kommunikation etablierter politischer Großorganisationen und der routiniert agierenden Massenmedien gerichtet war. Sei einiger Zeit lassen sich neu-rechte Formen der Diskursintervention beobachten, die mit Guerillaformen verwandte Mittel einsetzen, um anti-emanzipatorisch in öffentliche Diskurse zu intervenieren. Angesichts dieser Entwendung stellt sich die Frage, welche neuen (diskursiven) *Formen* gegen die selbst mit Regelbrüchen arbeitenden und auf eine neue Autoritätsbeziehungen ausgerichteten Formen des sog. rechten Populismus gerichtet werden können.

These 2: Die (öffentliche und auch wissenschaftliche) Fixierung auf Diskurse, auf diskursive Regeln bzw. auf diskursive Regelbrüche ist selbst Teil der gegenwärtigen Problemkonstellation, weil sie mit einer Epistemologie des Diskursiven (im Sinne eines Sprachlichen/Symbolischen) einhergeht, die Gefahr läuft, relevante Fragen der (ontologischen) Wirklichkeit(en) aus dem Blick zu verlieren. Wir sind derzeit gefangen zwischen (klassischen) Wahrheitsdiskursen einerseits und (neu-rechten) populistischen Diskursen andererseits, die beide zur selben epistemologischen Dichotomie aus Objektivem vs. Diskursivem gehören. Die vielfach geforderte Rückkehr zu Wahrheitsdiskursen ist keine Lösung des Problems.

Wenn wir über Diskurse und diskursive Interventionen sprechen, dann sind damit in der Regel Fragen der sprachlichen oder textlichen Artikulation bzw. der symbolischen Interaktion oder eines auf diese Weise verfassten und archivierten Wissens gemeint. In diesem Sinne sind Diskurse Wissensordnungen und/oder etablierte Redeweisen sowie damit verbundene (medial prozessierte) Kommunikationstechniken. Das Interesse der Wissenschaften richtet sich vor diesem Hintergrund bspw. auf Fragen umstrittenen Wissens, instabiler, flottierender Semantiken oder auf Probleme der kommunikativen Verständigung. Das Verhältnis zu nicht-sprachlich verfassten (materiellen) Wirklichkeiten bleibt dabei bestenfalls ungeklärt, es wird wegen epistemologischer (Ab-)Gründe nicht adressiert oder es gilt als aus den Diskursen heraus formbare Ordnung der Dinge bzw. des Sozialen. Es gerät auf diese Weise tendenziell aus dem Blick der geistes- und sozialwissenschaftlichen aber auch der öffentlichen Kontroversen bzw. wird mit Diskursen gleichgesetzt. Ich würde nicht (wie Jean Baudrillard) behaupten, dass deshalb alles Soziale nur noch

Simulation sei, weil die Zeichen sich von ihren Referenten abgelöst haben (Baudrillard 1978), sondern (mit Bruno Latour) darauf insistieren, dass die gegenwärtig dominante epistemologische Ordnung, die einen prinzipiellen Bruch zwischen dem Diskursiven einerseits und einer (äußeren, wahlweise objektiven oder nicht erkennbaren) Wirklichkeit andererseits behauptet, dazu neigt Zonen zu erzeugen, die *nicht öffentlich/politisch diskutiert werden können* (Latour 2008). Wir sind gegenwärtig gefangen zwischen zwei dominanten Diskursformen: den Diskursen der Wahrheit oder der Objektivität einerseits, die bspw. als Experten-, als Sachzwang-, als Alternativlosigkeits- oder als Faktendiskurse prozessiert werden und deshalb *öffentlich/politisch nicht kontrovers sein sollen*, und den populistischen Diskursen, die einem freien Spiel der leeren Signifikanten gleichen, *in denen alles und sein Gegenteil gesagt werden kann* und in denen alles zugleich als Wahrheit (der einen) und als Fake-News oder Lüge (der anderen) gilt. Es geht um nicht hinterfragbare Wahrheiten einerseits oder um diskursive Hegemonie andererseits. Während klassische Autorität sich aus Wahrheitsdiskursen begründete, zielen die neu-rechten Populismen auf diskursive Hegemonie. Man muss in der gegenwärtigen Lage im Auge behalten, dass die historischen, emanzipatorischen Formen der Diskursintervention sich gegen die stabilisierende (Macht-)Wirkung von Wahrheitsdiskursen und die damit verbundenen Autoritätswirkungen und Elitenbildungen richteten. Sie zielten dagegen auf eine Hegemonie emanzipatorischer Diskurse. Mit den neu-rechten Populismen droht jedoch eine Variante der regelbrechenden Diskursintervention hegemonial zu werden, die dieses Erbe antritt, ohne jedoch damit emanzipatorische Wirkungen erzielen zu wollen. Daneben sollte beachtet werden, dass der neue Populismus als Erbe der historischen Formen des diskursiven Regelbruchs und der derzeit laut werdende Ruf nach der (alten) Form der Faktizität - Politik müsse faktenbasiert und wahrhaftig handeln - beide derselben epistemologischen Ordnung angehören, innerhalb derer sie zwei parallel wirksame Teilordnungen der Diskurse bilden. Was sind deren Effekte? Während klassische Wahrheitsdiskurse bestimmte Fragen aus der politischen Debatte entfernen konnten, da Fakten nicht umstritten sein und entsprechend auch nicht verhandelt werden können, lenkt die (inszenierte) Auseinandersetzung der um Hegemonie ringenden öffentlichen Diskurse womöglich ebenfalls von einer öffentlichen/demokratischen Bearbeitung relevanter Problemlagen in politischen Kontroversen ab, eben weil sie auf Diskurse beschränkt bleibt. In neu-rechten Diskursen gibt es zudem eine Variante der Wahrheitsdiskurse, die Politik nicht expertokratisch ersetzen, sondern sie angesichts einer gleichsam übermächtigen Natur vollständig suspendieren will. Erkennbar wird das bspw. in einer Variante der neu-rechten Aussagen zur Klimaerwärmung, die behauptet, diese existiere zwar (objektiv), sei aber ein natürlicher Prozess, den man politisch nicht bearbeiten könne (Gauland). Diese Variante ist in Hinblick auf ihre

politische Wirksamkeit gleichwertig zu der anderen neu-rechten Variante, die behauptet, eine Klimaerwärmung existiere nicht bzw. sei eine (diskursive) Erfindung der Chinesen (Trump), weil beide Varianten *jede öffentliche/demokratische Problembearbeitung verhindern*. Die heute oft geforderte Rückkehr zu klassischen Wahrheits- bzw. Faktendiskursen, die Problemlösung expertokratisch vorschreiben, kann allerdings einer emanzipatorischen Politik ebenfalls nicht genügen.

These 3: Die Suche nach gegenwärtigen Alternativen zur populistischen Ordnung öffentlicher Diskurse mündet in den Aufruf zu einer differenzierten, offenen Kontroverse um relevante Dinge und um verschiedene Perspektiven des künftigen Zusammenlebens.

Folgende drei Wege scheinen also derzeit verstellt bzw. sind nicht erstrebenswert: Erstens, eine Politikform, die bestimmte Problemlagen der öffentlichen Kontroverse entzieht, indem sie teilweise eine (Pseudo-)Politik der (vermeintlichen) Sachzwänge und der Alternativlosigkeit prozessiert. Zweitens der neu-rechte Populismus, der demokratische, d.h. öffentliche und kontroverse Politik ganz suspendiert, indem (diskursinterventionistische) Ablenkungsmanöver prozessiert werden, bspw. wenn eine angeblich linke Meinungsdictatur, ein angeblicher Fake-News-Journalismus o.ä. als Feindbild aufgebaut und angegriffen werden oder wenn potenziell kontroverse Probleme (wie die Klimaerwärmung) als Fiktion oder als außerhalb des menschlichen Einflusses vorgestellt werden. Dieser Populismus lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf andere Dinge als potenziell kontroverse Problemlagen. (Ein gutes Beispiel bietet auch der Brexit, der als öffentlicher Diskurs im Zuge des Referendum 2016 erfolgreich war, als politische Problemlage von den sog. Brexiteers seither beinahe gar nicht bearbeitet wird und als realitätsstiftende Politikoption gar nicht mit dem diskursiv erzeugten Erwartungen von 2016 korrespondiert - unabhängig davon, ob er geregelt als Minimal-Brexit oder ungeregelt ohne Einlösung der damaligen Versprechungen oder womöglich gar nicht im Falle eines zweiten Referendum stattfindet). Drittens läuft aber auch die Politikform der radikalen, postfundamentalistischen Demokratie (bspw. Nonhoff 2007), d.h. der radikalen Öffentlichkeit und der um kulturelle Hegemonie ringenden emanzipatorischen Diskurse, Gefahr ins Leere zu laufen, da sie (im Sinne der o.a. Ausführungen) im Spiel der Signifikanten, der Diskurse bzw. der Kultur relevante Dinge aus dem Blick zu verlieren zu droht (etwa, dass ehemalige Industriearbeiter im amerikanischen Rust-Belt oder weiße Männer womöglich mit wirklichen Problemen konfrontiert sind, die politisch adressiert werden könnten/sollten).

Ein vierter Weg, für den ich hier plädieren möchte, besteht darin, Öffentlichkeiten und politische Kontroversen nicht mehr als Fragen von Diskursen, sondern im Anschluss an die wissenschafts-

und politikphilosophischen Debatten um einen sog. „Neuen Materialismus“ und um Akteur-Netzwerk-Öffentlichkeiten (Schölzel 2017) neu zu denken und nach entsprechenden praktischen Formen zu suchen. Die Wissenschafts- und Technikforschung argumentiert seit geraumer Zeit, dass Fakten selbst Ergebnisse von (wissenschaftlichen) Kontroversen, d.h. nicht unumstritten sind, und dass das wissenschaftliche Hervorbringen von neuen Realitäten (in einem ontologischen nicht diskursiven Sinn) eine politische Angelegenheit ist (bspw. Mol 1999). Im Sinne einer „Dingpolitik“ (Latour 2005) müsste es darum gehen, die (öffentliche) Aufmerksamkeit auf solche kontroversen Problemlagen zu konzentrieren und damit deren öffentliche, differenzierte Bearbeitung zu unterstützen. D.h., eine öffentliche Diskussion, die Fakten als unumstritten annimmt, produziert eine amputierte Politik, die nicht nur nicht wünschenswert, sondern auch den kontroversen Dingen nicht angemessen ist. Auf der anderen Seite droht eine Konzentration auf Diskurse sich im Spiel der Signifikanten zu verlieren und ebenfalls an relevanten Problemlagen vorbeizugehen. Ein Weg heraus aus diesen Dichotomien führt in Richtung von öffentlicher Sachpolitik, wobei diese Sachen nicht als „Tatsachen“ oder Fakten, sondern als kontroverse „Streitsachen“ zu behandeln wären (Latour 2007), durch deren öffentliche Bearbeitung verschiedene Perspektiven des künftigen Zusammenlebens erkundet und neue Lebensrealitäten hervorgebracht werden könnten.

Literatur:

Baudrillard, Jean (1978): „Politik und Simulation“, in: ders., *KOOL KILLER oder der Aufstand der Zeichen*, Berlin: Merve, S. 39-48.

Laclau, Ernesto (2002): „Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?“, in: ders., *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia+Kant, S. 65-78.

Latour, Bruno (2005): *Von der Realpolitik zur Dingpolitik oder Wie man Dinge öffentlich macht*, Berlin: Merve.

Latour, Bruno (2007): *Elend der Kritik. Vom Krieg um Fakten zu Dingen von Belang*, Zürich: Diaphanes.

Latour, Bruno (2008): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Mol, Annemarie (1999): „Ontological politics. A word and some questions“, in: John Law/John Hassard (Hrsg.), *Actor-Network-Theory and after*, Oxford: Blackwell, S. 74-89.

Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2007): *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript.

Schölzel, Hagen (2013): *Guerillakommunikation. Genealogie einer politischen Konfliktform*, Bielefeld: transcript.

Schölzel, Hagen (2017): „Die Komposition politischer Öffentlichkeiten. Konturen einer Kommunikations- und Mediensoziologie in den Arbeiten Bruno Latours und der Akteur-Netzwerk-Theorie“, in: *Medien- und Kommunikationswissenschaft*, 65 (2), S. 313-329.